

Eine neue Legislaturperiode – Zeit für eine neue Klimapolitik!

Beschluss des Deutschlandtages in Münster vom 16. bis 18. Oktober 2009

Die Regierung unserer Bundeskanzlerin Merkel hat von 2005-2009 auf dem Gebiet des Klimaschutzes und der erneuerbaren Energien Beachtliches bewegt. Hervorzuheben sind hier insbesondere die nationale Zielsetzung mindestens 30 % Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung zum Jahr 2020 erreichen zu wollen, und die europäische Zielsetzung mit der sich die EU einen Anteil von 20 % erneuerbarer Energie am Primärenergieverbrauch 2020 vorgenommen hat. Die Junge Union betrachtet es als erste Herausforderung der neuen Bundesregierung diesen Schwung der nationalen wie europäischen Klimapolitik im Dezember 2009 in Kopenhagen auf die internationale Ebene zu tragen. Europa darf aus Klimaschutz- wie aus Wettbewerbsgründen mit seinen Zielsetzungen nicht allein bleiben.

Die nationalen und europäischen Zielsetzungen zeigen auch die Herausforderungen für die Klimapolitik der neuen Legislaturperiode auf, den Anteil der erneuerbaren Energien an Strom- wie Primärenergieverbrauch deutlich zu steigern. Dafür muss die neue Bundesregierung vor allem einen Schwerpunkt in der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für Biomasse, Wasserkraft und Windenergie setzen. Mit einer Klärung des Konflikts von Windenergie und Radar kann ein Investitionsstau von mehreren hundert Millionen Euro gelöst werden. Auch das Repowering bedarf der besseren planerischen Steuerung. Die Spezialschiffe für die Offshore Windenergie sollen auch in Deutschland gebaut werden können. Für den weiteren Ausbau der Offshore-Windenergie bedarf es der planerischen Absicherung der Ausbauziele. Das Energieleitungsausbaugesetz muss so weiterentwickelt werden, dass mehr Erdverkabelung für einen anwohner- wie naturverträglichen Netzausbau möglich wird.

Die neue europäische Richtlinie zeigt auch den weiteren Handlungsbedarf im Hinblick auf die Regelung der Energieeffizienz im Altbaubestand auf. Die Junge Union setzt sich daher für eine Regelung mit großzügigen Übergangsfristen ein, die die Vorgaben der Richtlinie umsetzt ohne die Bürger mehr als notwendig zu belasten.

Der Wille der Union zur Revision des von rot-grün durchgesetzten ideologischen Atomausstieges ermöglicht längere Laufzeiten kohlendioxidfreier Kraftwerke. Die Union hat die bestehenden 17 Anlagen im Wahlprogramm als Brückentechnologie bezeichnet. Die Junge Union fordert CDU und CSU dazu auf, klar zu nennen, in welche Energiezukunft diese Brücke führen und wie weit sie tragen soll. Nach Auffassung der Jungen Union muss ein zukünftiger Ersatz der kohlendioxidfreien Atomstromerzeugung durch gleichfalls kohlendioxidfreie

Stromerzeugung erfolgen, d.h. durch erneuerbare Energien und nicht durch Kohlendioxid emittierende Kohlekraftwerke. Als Zeithorizont drängt sich dafür der Zeitrahmen der Offshore-Strategie der Bundesregierung, mithin das Jahr 2030 auf. Dies ermöglicht es den großen Energieversorgungsunternehmen auf zahlreiche ältere Kohlekraftwerke zu verzichten, für die sie ab 2013 ohnehin Verschmutzungsrechte erwerben müssten. Auf diesen Verzicht muss die Union im Interesse niedriger Energiepreise auch im Rahmen eines neuen Atomkonsenses drängen, damit kein Anlass für die Energieversorgungsunternehmen besteht, wegen hoher Kosten für Verschmutzungsrechte ab 2013 die Energiepreise stark zu erhöhen. Die mit der Laufzeitverlängerung verbundenen Milliarden Gewinne der vier großen Energieversorgungsunternehmen dürfen nicht nur bei diesen verbleiben, sondern müssen auch der Gesellschaft zugute kommen. Nach Auffassung der Jungen Union müssen dabei vorrangig die Beseitigung von Altlasten für die Junge Generation durch Übernahme der Kosten für die Sanierung des Endlagers Asse sowie Zukunftsinvestitionen in die Ausbildung der Jungen Generation durch Förderung der neu gegründeten ersten deutschen Energieuniversität EUREF und der Stiftung Offshore-Windenergie erfolgen.